

Meine Damen und Herren,
verehrte Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen,

wir haben soeben eine Gedenkminute für die Opfer des Anschlags von Berlin gehalten. Wer die Bilder aus Berlin gesehen hat, der war vielleicht genauso sprachlos wie ich es war. Manche Politiker aber nicht, Sie besaßen nicht einmal den Anstand sich wenigstens einen Tag lang mit Ihren schrecklichen Parolen und Deutungen zurückzuhalten. Der Respekt und der Anstand, den man eigentlich angesichts der vielen Toten und Verletzten erwarten kann, sowie die Rücksichtnahme auf die Gefühle der Menschen, die vielleicht Mann, Frau, Vater, Mutter, Tochter und Sohn, Freund oder Freundin verloren haben wurde nicht einmal an diesem Abend diesen Menschen gezollt. Es ist beschämend, wenn man Kommentare lesen muss, die in diesem Zusammenhang geäußert werden. Und am heftigsten schlägt an dieser Stelle wieder einmal die AfD zu. Der AfD-Vorsitzende in NRW, Marcus Pretzell, schrieb auf Twitter, dass die unmittelbare Schuld an dem Anschlag bei unserer Bundeskanzlerin liege: „Es sind Merkels Tote“ Oder Frauke Petry äußerte: „Merkel ist eine Terrorkanzlerin“

Pauschal werden Vorverurteilungen von Volksgruppen und Religionsgemeinschaften vorgenommen, von Menschen, die zu uns kommen und Fürchterliches durchgemacht haben. Sie alle werden in einen Topf geworfen. Hatten wir nicht schon einmal eine Zeit in der dies massiv geschehen ist und die Deutschland und Millionen Menschen in Europa Tod und Elend gebracht haben? Was für ein Menschenbild steckt eigentlich hinter diesen Vorstellungen? Es ist sicherlich nicht das christlich, humanistische Menschenbild des Abendlandes. Politiker, die nur Angst schüren und einfachste Parolen vor sich hertragen, haben unserem Heimatland noch nie wirklich Frieden, Freiheit, Einheit und Wohlstand gebracht. Ich sage an dieser Stelle auch, dass die unmittelbaren Aussagen von Herrn Seehofer nach dem Attentat mehr als deplatziert waren.

Es gilt mit kühlem Kopf die Geschehnisse zu analysieren und den oder die schuldigen Attentäter zu ergreifen und vor Gericht zu stellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, dass die Sicherheitslage noch weiter verbessert wird. Erwägt werden könnten hier eine schnellere Abschiebep Praxis und ein härteres Vorgehen gegen sogenannte Gefährder. Im Sinne eines „lernenden Systems“ können und müssen die Sicherheitsbehörden gemeinsam mit der Politik stets überprüfen, wie ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet werden kann; jedoch immer im ausgewogenen Einklang mit den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten.

Wir, die CDU-Kreistagsfraktion, stehen für ein weltoffenes, tolerantes Deutschland, das auch weiterhin bereit ist, Menschen, die auf der Flucht sind und um Leib und Leben bangen müssen, bei uns aufzunehmen.

Meine Herren von der AfD, in meiner Haushaltsrede im letzten Jahr habe ich Sie aufgefordert Stellung zu nehmen zu Äußerungen von Frau Petry und Herrn Höcke. Leider haben wir bis heute dazu nichts gehört. Ich und wahrscheinlich viele in diesem Raum hätten einmal gerne gehört, wie Sie zu dem stehen, was geschehen ist in Berlin und wie Sie die Aussagen ihrer Parteikollegen sehen.